

Politik

Landtag

Mehr Rechtssicherheit für Gemeinden

Der Landtag hat einen Begehrensantrag genehmigt, der auf eine bessere Regulierung von Wohnsitzmeldungen und gegen deren Missbrauch abzielt.

🕒 06:09 ds/sf



In vielen Südtiroler Rathäuser häufen sich missbräuchliche Eintragungen in das Meldeamtsregister.

Der Landtag hat einen Begehrensantrag gegen missbräuchliche Eintragungen in das Meldeamtsregister genehmigt. Laut der SVP-Abgeordneten Waltraud Deeg kommt es immer wieder vor, dass Personen einen Wohnsitz am Meldeamt einer Gemeinde anmelden, ohne sich tatsächlich länger dort aufhalten.

Da der Wohnsitz die Grundlage für Wahlrecht, verschiedene Sozialleistungen und den Schulbesuch ist, erschwere dieser Missbrauch die mittelfristige Planung der Gemeinde.

In den vergangenen Jahren haben zahlreiche Gemeinden Fälle festgestellt, in denen sich innerhalb kurzer Zeit viele Personen in derselben Immobilie anmelden – oft allein auf Basis einer Zustimmungserklärung des Eigentümers und ohne weitere rechtliche Wohnberechtigung. Nach kurzer Zeit erfolgt ein Wechsel, wiederum in derselben Wohnung, mit immer neuen Personen. Deeg: „Dabei handelt es sich nicht um vereinzelte Fälle, sondern um ein strukturelles Phänomen, für das eine Lösung gefunden werden muss.“

Diese, von den betroffenen Gemeinde festgestellten Missstände haben konkrete Folgen: Sie erschweren eine verlässliche kommunale Planung, belasten die Verwaltungen, verzerren statistische Daten, können das soziale Zusammenleben beeinträchtigen und untergraben das Vertrauen in die Meldesysteme. Gleichzeitig sind die Gemeinden aufgrund der geltenden staatlichen Gesetzgebung oft verpflichtet, Wohnsitzmeldungen zu akzeptieren, sobald eine formale Zustimmung des Eigentümers vorliegt.

Aufforderung an Regierung in Rom

Da die Zuständigkeit für diese Regelungen auf staatlicher Ebene liegt, fordert der Südtiroler Landtag mit dem genehmigten Beschlussantrag die italienische Regierung, das Parlament sowie Südtirols Vertreterinnen und Vertreter in Rom auf, die gesetzlichen Rahmenbedingungen weiterzuentwickeln. „Das Ziel dieses Begehrensantrages ist es, den Gemeinden gute Instrumente und eine solide Rechtsgrundlage in die Hand zu geben, um diesem Phänomen wirksam entgegenzuwirken und mehr Rechtssicherheit für alle Beteiligten zu schaffen“, betonen Deeg und die Mitunterzeichner Josef Noggler und Franz Locher.

Tag

Meldeamt

Südtirol

Südtiroler Landtag

Waltraud Deeg

Andere suchen auch

Mehr Artikel zu Politik